

Prof. Dr. Ursula Münch

120 Jahre Sozialdienst katholischer Frauen München e.V. (SkF) – Soziale Arbeit von Frauen für Frauen

Vortrag am 21.9.2026

Zwischen Versprechen und Verletzlichkeit: Würde als Kompass für das gesellschaftliche Miteinander im demokratischen Verfassungsstaat

Wenn wir heute zusammenkommen, um das Engagement und das 120-jährige Bestehen des Sozialdiensts katholischer Frauen Landesverband Bayern e.V., würdigen, dann geschieht das in einer Phase, in der die so genannte Mitte der Gesellschaft Unsicherheit und Ängste empfindet.

Wohlbemerkt: die Mitte der Gesellschaft.

Wie geht es dann erst denjenigen, die sich selbst ohnehin am Rand der Gesellschaft wahrnehmen?

„Nicht gut“ werden die meisten von Ihnen mit Recht denken.

Den folgenden Mechanismus können wir in Echtzeit miterleben: Wenn sich die Mitte der Gesellschaft unter Druck gesetzt fühlt oder man ihr erfolgreich einredet, sie stünde unter Druck und müsse sich – gegen wen auch immer – „wehren“ dann bekommen die ohnehin Schwachen dies umgehend zu spüren: In Zeiten der Krisen scheint wenig Platz für Empathie und Solidarität.

Der Sozialdienst katholischer Frauen will sich mit diesem scheinbaren Automatismus nicht abfinden. Das haben die Videoclips, die wir gerade sehen durften, anschaulich ausgedrückt.

Dass der Sozialdienst katholischer Frauen das leisten kann, was er leistet, verdankt er einem bemerkenswerten Netzwerk aus ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Mitarbeiterinnen. Ohne die Arbeit dieser Frauen, ohne ihre Belastbarkeit und ihre Freude am Helfen wäre unsere Gesellschaft anders: (noch) härter, (noch) liebloser, (noch) kälter.

Mit Ihrer Arbeit erfüllen Sie eine Norm täglich mit Leben, die in unserer Verfassungsordnung bekanntlich an erster Stelle steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Dieselbe Formulierung wie im Grundgesetz finden wir übrigens in der Bayerischen Verfassung – Art. 100 BV. Nur schon etwas länger – sie feiert dieses Jahr ja bereits ihren 80 Geburtstag. Sowohl Art. 1 GG als auch Art. 100 Bayerische Verfassung sollen nach dem Verständnis unseres demokratischen Verfassungsstaates keine bloße Programmsätze sein, sondern „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“.

Der Schweizer Philosoph Peter Schaber spricht von der „inhärenten Würde“. Diese zeichnet sich ihm zufolge dadurch aus, dass man sie weder erwerben noch verlieren und ebenso wenig wiedergewinnen kann.¹

Auch wenn das heute eine Festrede ist. Zu viel beschönigen will ich nicht.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht die fundamentale Spannung sichtbar und für die Betroffenen spürbar wird zwischen diesem verfassungsrechtlichen Versprechen und der Realität. Zweifelsohne: Ein solches Spannungsverhältnis ist in einem freiheitlichen Verfassungsstaat, der kein maternalistischer Fürsorgestaat (Otfried Höffe) sein darf, unvermeidlich.

Aber man muss auf dieses Spannungsverhältnis aufmerksam machen, und man muss immer wieder daran erinnern, dass der Leitsatz unserer Verfassung ein konkreter Auftrag ist – auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche, internationaler Konkurrenz und von Kriegen.

Während die Menschenwürde als rechtlicher Status unveräußerlich ist, erweist sich die *soziale Würde* im Alltag als ein flüchtiges, verletzliches und anspruchsvolles Gut.

Der Soziologe Friedrich Stallberg erinnert uns in seiner „Soziologie der Würde“ daran, dass Würde im Alltag kontinuierlich in zwischenmenschlichen Beziehungen neu erworben und bestätigt werden muss. Sie ist nicht einfach „da“.²

Und der französische Soziologe Didier Eribon („Rückkehr nach Reims“) zeigt auf, dass sich Menschen vor allem dann entwürdigt fühlen, wenn sie sich als *quantité négligeable* wahrnehmen, also als zu vernachlässigende Größe oder als bloßes Element politischer Buchführung, als zu Stummheit verdamnte Objekte bürokratischer Verwaltung.

An dieser Stelle – um nicht zu sagen an diesem Brennpunkt – setzt Ihre Arbeit als SkF an. Sie leisten das, was man Jana John als aktive „Würdearbeit“ bezeichnet. Sie bemühen sich, aus der Verfassungsnorm eine konkrete, spürbare Erfahrung von Respekt, Anerkennung und Selbstbestimmung werden zu lassen.

Sie tun dies in einer Gesellschaft, die der Soziologe Stallberg als „Entwürdigungsgesellschaft“ beschreibt. Damit meint er eine Gesellschaft, in der die strukturellen Bedingungen des modernen Lebens für viele Menschen zu einer Quelle permanenten „Würde-Stresses“ und des Achtungsverlustes geworden sind.

Um die aktuellen politischen Herausforderungen für diese „Würdearbeit“ in einer „Entwürdigungsgesellschaft“ zu verstehen, will ich unsere Aufmerksamkeit auf die derzeitigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lenken:

¹ Vgl. Peter Schaber: Der Anspruch auf Selbstachtung;
https://www.kas.de/documents/252038/253252/Menschenwuerde_schaber.pdf/895e8947-4da4-bd12-fe87-7dec793af271.

² Friedrich W. Stallberg: Soziologie der Würde. Eine Einführung in ihre Problemzugänge, Analysen und Befunde. Wiesbaden: Springer 2023.

Wir erleben den enormen Erwartungs- und Rechtfertigungsdruck, unter dem unser demokratischer Verfassungsstaat steht:

Die Bürgerinnen und Bürger vernehmen im Alltag kontinuierlich Sparappelle, sie spüren die Folgen von Inflation, Energieverteuerung und wirtschaftlicher Stagnation im eigenen Geldbeutel.

Gegen derartige Ängste hilft der zwar gut gemeinte, aber sehr paternalistisch wirkende Hinweis, dass es den meisten in Deutschland doch gut gehe, herzlich wenig. Vielmehr gilt: Die Sorgen vor einem sozialen Abstieg (seien sie berechtigt oder seien sie übertrieben) entscheiden mehr denn je auch Wahlen.

Dazu passt eine Feststellung des Soziologen Hartmut Rosa aus einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (9.9.2026): „Wichtig für Wahlentscheidungen ist nicht unbedingt die Frage: „Wo stehe ich?“, sondern: „Wohin gehe ich?“ Und Hartmut Rosa weiter: „Wir haben eine moralische Landkarte, ein Gefühl dafür, wohin wir uns gesellschaftlich bewegen. ... Menschen fühlen sich nicht gut, wenn sie oben stehen, sondern wenn sie sich nach oben bewegen.“

Meines Erachtens kommt noch etwas dazu.

Die Leute haben zum einen diese große Sorge vor einem Abstieg. Auf der anderen Seite erleben sie und beobachten wir alle, dass der Staat im Zuge von Krisen in der Lage ist, enorme finanzielle Mittel zu mobilisieren: für die Rettung von Banken, für die Aufnahme von Flüchtlingen, die zwar alle bedürftig, aber selten politisch verfolgt sind, für die Aufrüstung der Bundeswehr und für die militärische Unterstützung der Ukraine oder für die ukrainischen Flüchtlinge, deren Eingliederung in den deutschen Arbeitsmarkt im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich ist.

In dieser Konstellation bricht ein Konflikt auf, der in der politischen Ökonomie als das „*Paradox der Güter*“ umschrieben wird.

Damit ist Folgendes gemeint: Es lassen sich ganz grob zwei Kategorien staatlicher Leistungen unterscheiden:

1. Die sogenannten „Basic Goods“ (Grundgüter): Das sind die unmittelbar spürbaren staatlichen Leistungen und Infrastrukturen vor Ort. Dazu gehören ein funktionierendes Bildungswesen sowie Schulgebäude, deren Toiletten man auch ohne zugehaltene Nase betreten kann; schlaglochfreie Straßen, eine in jeder Hinsicht sichere Energieversorgung, pünktliche Züge sowie in zumutbarer Zeit erreichbare Krankenhäuser und Apotheken und natürlich eine verlässliche soziale Absicherung, die zum einen in ganz unterschiedlichen sozialen Lagen und Notlagen greift oder auf die man sich zum anderen durch die Teilnahme am Erwerbsleben Ansprüche erarbeitet hat. Das Vorhandensein und die Qualität dieser Grundgüter entscheiden maßgeblich darüber, ob die Menschen im Alltag Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Fairness des Staates besitzen.
2. Und dann gibt es zweitens die sogenannten „Global Goods“ (globale Güter): Das sind langfristige Aufgaben, die oft ortlos und supranational ausgerichtet sind. Dazu zählen

so wichtige Aufgaben wie der globale Klimaschutz, die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele, die Einhaltung des Völkerrechts, internationale Hilfsprojekte oder auch die Unterstützung von Staaten wie der Ukraine in ihrem Kampf um Freiheit und Recht, von dessen Erfolg wohl auch unsere Sicherheit abhängt.

Das Paradox ergibt sich aus dem folgenden Zusammenhang:

In Zeiten des Wohlstands und der wirtschaftlichen Sicherheit ist die Bereitschaft auch in der breiten Bevölkerung recht hoch, Mittel für diese globalen Güter aufzuwenden.

Anders in Krisenzeiten: Werden die Ressourcen knapper und kommen Sparmaßnahmen auch in der Mitte der Bevölkerung an, dann schrumpft diese Bereitschaft drastisch.

Dann nehmen viele Menschen die staatlichen Ausgaben für *Global Goods* als direkte, ungerechte Konkurrenz zu den dringend benötigten *Basic Goods* vor Ort wahr.

Die Leute fragen dann zunehmend laut und zunehmend ungeduldig: Warum ist Geld für Radwege in Peru oder für internationale Hilfsprogramme vorhanden, während es durch die Decken in den Schulen unserer Kinder durchregnet, die eigene Gemeinde das Schwimmbad schließen und die soziale Beratung vor Ort um jeden Cent kämpfen muss?

Diese Diskrepanz zwischen den Ansprüchen von Bürgern und der Prioritätensetzung in einer liberalen Demokratie lässt sich auch wissenschaftlich belegen.³

Es zeigt sich, dass diese Diskrepanz besonders von den Bürgerinnen und Bürger als zusätzliche Ungerechtigkeit empfunden wird, die auf die Bereitstellung staatlicher Grundgüter angewiesen sind.

Das heißt: Wenn eine Volkswirtschaft in eine anhaltende Rezession gerät, nähern sich die Präferenzen dieser Gruppen und die Forderungen populistischer Parteien immer weiter an.

Warum ist das der Fall?

Weil die Populisten diesen Verteilungskonflikt um die Steuergelder wie auch die Schulden zum einen schüren und digital anstacheln. Und weil sie diesen Verteilungskonflikt zum anderen strategisch für ihre eigenen politischen Ambitionen nutzen.

Sie versprechen – nachzuhören etwa in der Haushaltsrede der Fraktions- und Parteivorsitzenden der AfD, Alice Weidel, vor zwei Wochen im Bundestag (9.9.2026) –, die Ausgaben für globale Güter – wie den Flüchtlingsschutz, die Entwicklungszusammenarbeit oder den Klimaschutz – radikal zusammenzustreichen.

Ich verwende bewusst das Wort „versprechen“. Die AfD, aber auch das BSW, und natürlich all die anderen populistischen Parteien und Politiker in anderen europäischen Staaten und in den USA wollen die Wählerschaft durch die Aussicht auf einen Tausch für sich gewinnen.

Sie versprechen, die so eingesparten Haushaltsmittel in erster Linie für die einheimische Bevölkerung und die heimische Infrastruktur zu verwenden – für „unsere Leute“. Und sie kündigen an, künftig nur noch an einer Stelle zu sparen: Nicht bei „unseren Leuten“, sondern an den „Global Goods“.

³ Vgl. Linuz Aggeborn/Lovisa Persson: Public Finance and Right-Wing Populism. IFN Working Paper No. 1182, Oktober 2017; https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3050461.

Ich zitiere aus dem AfD-Regierungsprogramm Sachsen-Anhalt:

„Es kann nicht sein, dass Städte und Dörfer unzureichend finanziert werden, während wir auf der ganzen Welt Milliarden zum Fenster herausschmeißen. Die Unterfinanzierung ist kein Zufall, sondern das direkte Resultat von Fehlgewichtungen der Altparteien.“

Und bei allem Kopfschütteln, das dieses Zitat bei denjenigen auslösen dürfte, die wissen, dass es sich natürlich rächen wird, wenn man Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und die Arbeit von supranationalen Hilfsorganisationen für unwichtig oder sogar überflüssig erklärt.

Die Behauptungen und das Vorgehen der Populisten kommen auch deshalb gut an, weil es natürlich auch immer wieder berechtigte Zweifel daran gibt, wie sinnvoll einzelne Maßnahmen zum Beispiel in der Entwicklungszusammenarbeit sind.

Wie brisant die Verteilungs- und Gerechtigkeitsdebatte geworden ist, führen uns die Ergebnisse der AfD bei den drei Landtagswahlen in diesem Monat vor Augen.

Diese Wahlergebnisse kann man nicht mehr nur als Protestphänomene abtun. Da kommt – zumindest in den ostdeutschen Flächenstaaten – eine tiefe Entfremdung gegenüber den Inhalten der Innen-, Außen-, Energie- und Sicherheitspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte zum Ausdruck, die sich auch an Gerechtigkeitsfragen entzündet.

Die Radikalisierung zeigt sich dabei nicht mehr nur in verbalen Zuspitzungen, sondern im gezielten Angriff auf die Säulen unserer sozialen und verbandlichen Infrastruktur.

Wer einen Blick in das AfD-Regierungsprogramm für Sachsen-Anhalt wirft, erkennt eine meines Erachtens beunruhigende Strategie:

Darin werden die katholische und die evangelische Kirche als opportunistische „Kirchensteuerkirchen“ diskreditiert.⁴ Es wird offen gefordert, den von ihnen getragenen Sozialverbänden die staatlichen Mittel zu entziehen und ihren gesellschaftlichen Einfluss zu beschneiden.

Nochmals ein Zitat aus dem Regierungsprogramm der AfD für Sachsen-Anhalt: „Wir werden die Kontrollfunktion des Landesrechnungshofes zweckmäßiger gestalten. Zu oft hält sich der Landesrechnungshof mit Bagatellen auf oder beanstandet Ausgaben, die nicht zu beanstanden sind, während auf der anderen Seite prüfungsfreie Räume existieren, in denen Millionen an Steuergeldern nahezu unkontrolliert versickern. Zu nennen sind hier vor allem die großen Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen, die Landesmittel erhalten, aber keiner direkten staatlichen Finanzprüfung unterliegen.“

Meines Erachtens ist diese Forderung der AfD Sachsen-Anhalt, die über die „Hintertür“ der Finanzprüfung durch den Rechnungshof vorgebracht wird, ein gezielter Angriff auf das Subsidiaritätsprinzip und auf die freie Wohlfahrtspflege.

Diese Partei bemüht sich, die Verteilung von Steuergeldern als Waffe gegen jene Träger und Akteure einzusetzen, die täglich den sozialen Zusammenhalt sichern. Nach meiner Einschätzung will sie den Raum zwischen Staat und Bürger, also den „intermediären Bereich“ erst einschüchtern und dann austrocknen, um ihre eigene, völkisch-autoritäre Logik der

⁴ Vgl. <https://afd-regierungsprogramm.de/>.

Schlechterstellung und Ausgrenzung der Unerwünschten an die Stelle solidarischer Strukturen zu setzen.

Da liegt die Frage nahe: Wen werden diese Angriffe und diese Verteilungskämpfe am härtesten treffen? Und Sie kennen alle die Antwort: vor allem Frauen in prekären Lebenslagen. Sie alle kennen die Lebenslagen Ihrer Klientinnen viel besser als ich. Dennoch versuche ich sehr kurz eine systematische Einordnung.-

Armut ist in unserer Gesellschaft – und das ist eine zentrale Erkenntnis der soziologischen Würdeforschung – weit mehr als ein statistisch messbarer Mangel an finanziellem Einkommen.

Armut ist zudem eine tiefgehende Verletzung der sozialen Würde. Der Schweizer Philosoph Peter Schaber beschreibt, dass das eigentliche Elend der Armut in der erzwungenen Abhängigkeit von Personen und Institutionen liegt:⁵

Wer arm ist, verliert die Kontrolle über die eigene Lebensgestaltung, verliert Autonomie und muss sich im bürokratischen Dschungel staatlicher Transfers oft einer entwürdigenden Detailkontrolle unterziehen. Armut beschädigt das Selbstwertgefühl, weil die betroffenen Menschen in unserer meritisch ausgerichteten Marktwirtschaft permanent das Signal erhalten, ihre Leistung sei weniger wert und sie seien selbst für ihre Lage verantwortlich.

Für Frauen verschärft sich dieses Problem noch zusätzlich – und zwar durch die strukturellen Hürden des Arbeitsmarktes, die die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Claudia Goldin mit dem Begriff der „gierigen Arbeit“ (*Greedy Work*) umschrieben hat.

In den aktuellen Krisenzeiten kann dies zu einer „doppelten Unsichtbarkeit“ führen: Frauen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, die in verdeckter Armut leben oder die in den eigenen vier Wänden Opfer von häuslicher Gewalt werden, drängen sich selten in den Vordergrund.

Ihre Not ist stiller, sie ist privater und sie ist stärker schambehaftet als die von Männern. Frauen ziehen sich zurück, um für ihre Kinder den Schein von Normalität aufrechtzuerhalten, während ihre soziale Würde im Verborgenen erodiert.

Das ist eigentlich schon schlimm genug. Aber wenn dann auch noch soziale Beratungsstellen und Zufluchtsorte unter den Spardruck geraten, dann brechen für diese Frauen womöglich die Brücken zu einem selbstbestimmten Leben in Zukunft zusammen.

An dieser Stelle komme ich auf das eingeführte Gegensatzpaar „basic goods“ und „global goods“ zurück. Ich muss einen politisch brisanten Aspekt ansprechen.

Sie erinnern sich, dass ich darauf hingewiesen habe, wie leicht es gelingt, aus Abstiegsängsten den Zuspruch zu populistischer und extremistischer Argumentation zu gewinnen.

Die Menschen, für die sich der Sozialdienst katholischer Frauen täglich einsetzt, sind bei diesen Mechanismen in zweifacher Hinsicht relevant: Zum einen sind sie sowohl Leidtragende sozialpolitischer Sparmaßnahmen als auch diejenigen, die von den Populisten und Extremisten ins Visier ihrer abwertenden Botschaften genommen werden.

⁵ Vgl. Peter Schaber: Der Anspruch auf Selbstachtung;
https://www.kas.de/documents/252038/253252/Menschenwuerde_schaber.pdf/895e8947-4da4-bd12-fe87-7dec793af271.

Zum anderen aber sind sie aber auch die Adressaten von populistischer Indoktrination und Verführung. Sie sind empfänglich für die Forderung, die „eigenen Leute“ gegenüber Geflüchteten zu bevorzugen oder finanzielle Hilfen für die Ukraine umgehend einzustellen, um dieses Geld im Inland zur Verfügung zu haben.

Es wäre falsch, wenn die gemäßigten politischen Kräfte diese Menschen pauschal als fremdenfeindlich zu diskreditieren oder moralisch zu belehren.

Sinnvoller ist es, sich damit zu befassen, wie es zu diesen Positionen kommt und wie es gelingen kann, Menschen vielleicht dagegen zu immunisieren.

Wer unter permanentem, existentiellen „Würdestress“ leidet, wer täglich um die eigene ökonomische Selbstbehauptung und Selbstachtung kämpfen muss, für den sind globale Nachhaltigkeitsziele oder geopolitische Stabilitätsgarantien womöglich weit entfernte, abstrakte Luxusgüter.

Wenn diese Menschen in den Nachrichten von Milliardenpaketen für internationale Krisenherde hören, während sie selbst beim Gang zum Amt das Gefühl haben, als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden, dann nehmen sie vor allem eines wahr: Ungerechtigkeit.

Populistische Kräfte nutzen diese emotionale Verwundbarkeit aus. Sie transformieren die angesichts von Entlassungswellen immer greifbarer werdende Angst vor dem sozialen Abstieg in konkrete, sichtbare Feindbilder.

Sie behaupten, dass genügend da wäre, wenn das Geld anders ausgegeben würde. Und sie behaupten, dass von den „Etablierten“, denen das Schicksal der eigenen Bevölkerung recht egal sei, einfach nur die falschen Entscheidungen getroffen würden.

Wenn die Krisen groß sind und die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft zunehmen, suchen Menschen nach Lösungen. Extremisten und Populisten bieten ihre „Lösung“ an: überzogenen Nationalstolz und die Abwertung derjenigen, die nicht in das Bild von der angeblichen Überlegenheit der deutschen Nation passen.

Was aber haben die gemäßigten Kräfte zu bieten, die auf christliche Werte und gelebte Solidarität aufbauen wollen und nicht auf Dreistigkeit, völkisch-autoritäres Denken und demonstrative Härte?

Ich möchte Ihnen dafür zwei Konzepte nennen, die Ihre Arbeit beim SkF zusammenführen: Sozialkapital und Communio.

Das Konzept des sog. Sozialkapitals wurde durch den US-Soziologen Robert Putnam geprägt. Putnam beschrieb in seinem Werk „*Bowling Alone*“ den Trend der Individualisierung. Er beobachtete, dass Menschen zwar immer noch bowlen gehen, aber eben nicht mehr im Verein, sondern: allein.⁶

Die Metapher von „Bowling alone“ steht für das Ausdünnen der sozialen Netzwerke. Wenn die Verbindungen zwischen den Menschen schwinden, geht das gegenseitige Verständnis

⁶ Robert D. Putnam: *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster 2000.

verloren, Befindlichkeiten werden fehlgedeutet, und das Vertrauen in die Repräsentanten sinkt.

Und hier kommen nun das soziale Engagement und das Ehrenamt ins Spiel: Sie sind das Wurzelgeflecht, das diesen negativen Trends entgegenwirkt. Sie sorgen für Verbindungen zwischen Menschen aus völlig unterschiedlichen Milieus und bauen Vertrauen auf.

Das soziale Engagement, wie es im SkF sowohl im Ehrenamt als auch hauptamtlich gelebt wird, bildet dieses unersetzliche Wurzelgeflecht.

Mit Ihrem Einsatz helfen Sie nicht „nur“ der einzelnen Frau in Not. Sie leisten darüber hinaus noch viel mehr: Sie leisten einen fundamentalen Dienst an unserem demokratischen Verfassungsstaat:

Sie überwinden die soziale Distanz, Sie schaffen Schnittmengen zwischen Politik, Kirche und Gesellschaft, und Sie setzen der gefühlten Ohnmacht die Erfahrung von „Selbstwirksamkeit“ entgegen. Wer selbst anpackt und gestaltet, verfällt nicht in den Fatalismus der passiven Nörgler an ihren digitalen Endgeräten.

Und dieses Handeln gründet zudem in einer spirituellen Wurzel, die wir als *Communio* begreifen können.

Communio ist das Gegenkonzept zu den neoliberalen „Konsum-Beziehungen“ unserer Gegenwartsgesellschaft, in denen Menschen nur nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt und für lästig erklärt werden, sobald sie unproduktiv oder anstrengend erscheinen.

Communio bedeutet Gemeinschaft, aber eben nicht Uniformität oder Gleichschritt. Es ist die Idee einer Vielfalt, die in einem gemeinsamen Fundament gründet.⁷

Wenn Sie beim SkF eine schwangere Frau in Not beraten, einer obdachlosen Frau einen geschützten Raum bieten oder Jugendliche begleiten, dann praktizieren Sie täglich diese *Communio*.

Sie behandeln diese Menschen nicht als Aktenvorgänge oder Datensätze, sondern Sie begegnen ihnen als Personen mit einer eigenen Biografie und einer unveräußerlichen Würde. Das ist nicht nur praktizierte Nächstenliebe, sondern auch die unverzichtbare Grundlage einer lebendigen Demokratie vor Ort.

Für die Kirche ist die Quelle der Glauben. Für die politische Gemeinwesen sind die Quellen folgende:

- das Bekenntnis zur universalen Menschenwürde,
- das Wissen um die Bedeutung der Verhinderung von Machtkonzentration durch Gewaltenteilung,
- die Orientierung am Schutz der Schwächeren mittels Rechtsstaat UND Sozialstaat.

Um diese *Communio* in der „flüchtigen“ Moderne zu retten, müssen wir über Vertrauen sprechen. Vertrauen fällt nicht vom Himmel, sondern muss erarbeitet und aufgebaut werden, und es braucht immer eine Basis.

Vertrauen entsteht zunächst im Nahraum, in persönlichen Beziehungen.⁸

⁷ Für den Prämonstratenser-Orden ist „*communio*“ eine zentrale Säule ihrer Spiritualität.

⁸ King, Vera/Aigner, Ilse: Vertrauen als Wagnis und als Ressource. Erodiert ein Grundpfeiler unserer Demokratie? Akademiegespräche im Bayerischen Landtag, herausgegeben von Akademie für Politische Bildung in Kooperation mit Bayerischer Landtag. Tutzing 2026; https://www.apb-tutzing.de/download/publikationen/akademiegespraeche/Akademiegespraeche_King_Aigner_Web.pdf

Zudem müssen in einem demokratischen Verfassungsstaat die politisch Verantwortlichen durch ihr Handeln und ihr Sprechen unter Beweis stellen, dass das grundsätzliche Vertrauen in sie und in die Problemlösungsfähigkeit des Staates berechtigt ist. Das ist die Aufgabe der Politik.

Meines Erachtens hat eine verantwortungsvolle gemäßigte Politik unter Beweis zu stellen, dass lokale Solidarität und globale Verantwortung keine Gegensätze sind, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Sie darf das Eintreten für die Bedürfnisse im Inland – für die Basic Goods vor Ort – nicht den Populisten und den Rechts- oder auch Linksaußenparteien überlassen.

Ein Staat, der seine eigenen Bürgerinnen und Bürger verlässlich schützt, der ihnen das Gefühl gibt, in ihrer Würde gesehen und grundsätzlich abgesichert zu sein, schafft das gesellschaftliche Klima, das auch Raum für globale Solidarität lässt. Soziale Sicherheit im Kleinen ist das psychologische und materielle Fundament für Weltoffenheit und Solidarität im Großen.

Die Hoffnung ist, dass wir damit auch in Krisenzeiten spürbar machen können, dass der populistische Weg eine Illusion ist:

Die Abschottung nach außen und die Ausgrenzung von Minderheiten im Inneren schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz, sanieren keine Schule und lösen kein einziges strukturelles Problem unseres Landes. Im Gegenteil: Sie zerstören die Grundlagen unseres Wohlstands, gefährden den sozialen Frieden und beschädigen am Ende genau jene rechtsstaatlichen Institutionen, die auch für die sozial Schwachen der einzige wirksame Schutz vor Willkür und Ausbeutung sind.

Ich schließe mit einem Dank an Sie alle – an die hauptamtlichen und insbesondere an die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialdienstes katholischer Frauen. Mit Ihrer täglichen Arbeit beweisen Sie auch, dass unser demokratischer Verfassungsstaat lebt, dass er wehrhaft ist und dass das Versprechen unserer Verfassung kein hohles Wort bleibt, sondern ein gelebtes Versprechen an jeden einzelnen Menschen in unserer Mitte.